

24.11.2016

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksachen 16/12500 und 16/13400 (Ergänzung) -

2. Lesung

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

Einzelplan 04 - Justizministerium

**Berichterstatter**

Abgeordneter Dirk Wedel

### **Beschlussempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 04 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 24.11.2016/Ausgegeben: 28.11.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Bericht

### **A Beratungsergebnis des Fachausschusses**

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde vom

- Rechtsausschuss mündlich

beraten. Zum Haushaltsentwurf 2015, Einzelplan 04, lag der Erläuterungsband Vorlage 16/4240 bei den Beratungen vor.

Der Rechtsausschuss hat den Einzelplan 04 in seinen Sitzungen am 28. September 2016 und 2. November 2016 beraten und am 23. November 2016 abschließend beraten und abgestimmt. Von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden acht Änderungsanträge gestellt und abgestimmt. Das Abstimmungsverhalten und die Ergebnisse ergeben sich aus den Anhängen. Der Einzelplan 04 wurde in der so veränderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

### **B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses**

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/4336.

### **C Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss und im Unterausschuss Personal**

Zur abschließenden Beratung lagen acht Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen vor. Die vorliegenden Voten sowie das Abstimmungsverhalten der Fraktionen und die Ergebnisse ergeben sich aus den Anhängen.

Der Personaletat des Einzelplans 04 wurde im Unterausschusses Personal am 24. November 2016 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN so verändert angenommen.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017 - Drucksache 16/13500 - zu entnehmen.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist in dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/13520 - dargestellt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich ebenfalls am 24. November 2016 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befasst.

**D Abstimmung, Ergebnis**

Der Einzelplan 04 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN so verändert **angenommen**.

Christian Möbius  
Vorsitzender

Anhang: 8 Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums  
Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
1	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 04 210</b> <b>Titel 684 10</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe und zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit</b></p> <p><b>Änderung der Zweckbestimmung:</b> <i>Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe (Beratungsstellen)</i></p> <p>Kürzung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.247.800 Euro</td> <td style="text-align: center;">1.247.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">240.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.007.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:</b> <i>Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.</i></p> <p><b>Begründung:</b> Die Kürzung dieses Titels beruht darauf, dass wir dem Wunsch der Freien Träger der Straffälligenhilfe und der Ehrenamtlichen Arbeit nachkommen, für beide jeweils einen eigenen Haushaltstitel vorzusehen. Die Kürzung beruht mithin auf dem Anteil der Ehrenamtlichen Arbeit, umfasst allerdings auch eine Erhöhung der Zuweisung an die Freien Träger der Straffälligenhilfe.</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	1.247.800 Euro	1.247.800 Euro	um	240.800 Euro		auf	1.007.000 Euro		<p>Votum des Rechtsausschuss</p> <p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table> <p>HFA</p> <p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																																	
von	1.247.800 Euro	1.247.800 Euro																																	
um	240.800 Euro																																		
auf	1.007.000 Euro																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		

		<p>Denn die Freie Straffälligenhilfe bietet unverzichtbare Angebote, die für eine gelingende Resozialisierung von Täterinnen und Tätern unverzichtbar sind. Die Träger sind nicht mehr in der Lage, die Unterfinanzierung auszugleichen und teilweise den Eigenanteil aufzubringen. Damit können sie den Qualitätsstandards und den Erwartungen an zu leistende Fallzahlen nicht mehr genügen. Ohne eine Erhöhung des Haushaltsansatzes wird es daher zu Schließungen von Einrichtungen kommen. Eine rückläufige Zahl der Träger der Freien Straffälligenhilfe würde aber dazu führen, dass die flächendeckende Qualität der Arbeit nicht weiter gewährleistet werden kann. Die Verbesserung der Finanzierung in diesem Bereich ist eine stringente Entwicklung unseres Präventionsansatzes, Straftaten im Vorfeld bzw. Rückfälle konsequent zu verhindern. Darüber hinaus ist es auch ökonomisch, da die in die Prävention investierten Mittel zu Haftvermeidungen führen und somit die erheblichen Kosten für den Strafvollzug nachhaltig senken.</p> <p>Die zusätzlichen Mittel sollen den Beratungsstellen der Freien Träger für Haftentlassene und deren Angehörigen zugutekommen, die für eine gelingende Resozialisierung von Täterinnen und Tätern unverzichtbar sind. Dazu zählt gerade auch die Beratung von Haftentlassenen und ihren Angehörigen für die gelingende Wiedereingliederung in die Gesellschaft, ohne die die Resozialisierung, die auf die Maßnahmen im Behandlungsvollzug während der Haftzeit, nicht gelingen kann.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
2	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 04 210                                    Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b> <b>Titel 684 11                                        Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table data-bbox="483 598 1310 734"> <tr> <td><b>2017</b></td> <td></td> <td><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.003.100 Euro</td> <td></td> <td>1.003.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 230.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.233.100 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:</b> <i>Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.</i></p> <p><b>Begründung:</b> Die Freie Straffälligenhilfe bietet unverzichtbare Angebote, die für eine gelingende Resozialisierung von Täterinnen und Tätern unverzichtbar sind. Die Träger sind nicht mehr in der Lage, die Unterfinanzierung auszugleichen und teilweise den Eigenanteil aufzubringen. Damit können sie den Qualitätsstandards und den Erwartungen an zu leistende Fallzahlen nicht mehr genügen. Ohne eine Erhöhung des Haushaltsansatzes wird es daher zu Schließungen von Einrichtungen kommen. Eine rückläufige Zahl der Träger der Freien Straffälligenhilfe würde aber dazu führen, dass die flächendeckende Qualität der Arbeit nicht weiter gewährleistet werden kann. Die Verbesserung der Finanzierung in diesem Bereich ist eine stringente Entwicklung unseres Präventionsansatzes, Straftaten im Vorfeld bzw. Rückfälle konsequent zu verhindern. Darüber hinaus ist es auch ökonomisch, da die in die Prävention investierten Mittel zu Haftvermeidungen führen und somit die erheblichen Kosten für den Strafvollzug nachhaltig senken.</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 1.003.100 Euro		1.003.100 Euro	um 230.000 Euro			auf 1.233.100 Euro			<p>Votum des Rechtsausschuss</p> <p><b>angenommen</b></p> <table data-bbox="1704 598 1971 766"> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td>Enth.</td></tr> </table> <p>HFA</p> <p><b>angenommen</b></p> <table data-bbox="1704 933 1971 1101"> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td>Enth.</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																																	
von 1.003.100 Euro		1.003.100 Euro																																	
um 230.000 Euro																																			
auf 1.233.100 Euro																																			
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
3	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 04 210</b>                      <b>Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b>  <b>Titel 684 12 neu</b>                      <b>Zuwendungen zur Förderung der Ehrenamtlichen Arbeit</b></p> <p>Ausbringung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">385.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">385.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:</b>  <i>Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.</i></p> <p><b>Begründung:</b>  Dieser Titel ergibt sich als Folge der Kürzung des Titels 684 10 in Kapitel 04 210 und beruht darauf, dass wir dem Wunsch der Freien Träger der Straffälligenhilfe und der Ehrenamtlichen Arbeit nachkommen, für beide jeweils einen eigenen Haushaltstitel vorzusehen. Die Erhöhung ergibt sich mithin auf dem Anteil der Ehrenamtlichen Arbeit am alten Haushaltstitel, umfasst allerdings auch eine Erhöhung der Zuweisung zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit.</p> <p>Denn die Freie Straffälligenhilfe bietet unverzichtbare Angebote, die für eine gelingende Resozialisierung von Täterinnen und Tätern unverzichtbar sind. Die Träger sind nicht mehr in der Lage, die Unterfinanzierung auszugleichen und teilweise den Eigenanteil aufzubringen. Damit können sie den Qualitätsstandards und den Erwartungen an zu leistende Fallzahlen nicht mehr genügen. Ohne eine Erhöhung des Haushaltsansatzes wird es daher zu</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	0 Euro	0 Euro	um	385.800 Euro		auf	385.800 Euro		<p>Votum des Rechtsausschuss</p> <p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 100px;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table> <p>HFA</p> <p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 100px;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																																	
von	0 Euro	0 Euro																																	
um	385.800 Euro																																		
auf	385.800 Euro																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		



		<p>Schließungen von Einrichtungen kommen. Eine rückläufige Zahl der Träger der Freien Straffälligenhilfe würde aber dazu führen, dass die flächendeckende Qualität der Arbeit nicht weiter gewährleistet werden kann. Die Verbesserung der Finanzierung in diesem Bereich ist eine stringente Entwicklung unseres Präventionsansatzes, Straftaten im Vorfeld bzw. Rückfälle konsequent zu verhindern. Darüber hinaus ist es auch ökonomisch, da die in die Prävention investierten Mittel zu Haftvermeidungen führen und somit die erheblichen Kosten für den Strafvollzug nachhaltig senken.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

<b>Ifd. Nr. des Antrags</b>	<b>Antrag der Fraktion/en</b>	<b>Antrag</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>																												
4	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit Titel 684 20 Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table> <tr> <td><b>2017</b></td> <td><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von      606.000 Euro</td> <td>606.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um      330.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf     936.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:</b> <i>Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.</i></p> <p><b>Begründung:</b> Gemeinnützige Arbeit ist eine sinnvolle Alternative zur Ersatzfreiheitsstrafe. Ersatzfreiheitsstrafen in den Justizvollzugsanstalten verbüßen Menschen, die dort eigentlich gar nicht hingehören: Sie wurden zu einer Geldstrafe verurteilt, weil eine Haftstrafe nicht angemessen war. Nur, weil sie sie in der Regel nicht bezahlen können, landen sie letztlich doch in einer JVA. Dabei handelt es sich oftmals um vergleichsweise geringe Summen.</p> <p>Das ist nicht nur rechtspolitisch unsinnvoll - es kostet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch enorm viel Geld. Ein Haftplatz kostet pro Tag etwa 130 Euro. Ende Juli 2017 saßen 1.220 Menschen in Ersatzfreiheitsstrafe; das sind knapp acht Prozent aller Gefangenen. Hätten diese Menschen stattdessen ihre Geldstrafe etwa durch gemeinnützige Arbeit ableisten können, wären dem Land erhebliche Kosten erspart geblieben. Es ist daher dringend erforderlich, die gemeinnützige Arbeit weiter auszubauen und das Modellprojekt zu stärken.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von      606.000 Euro	606.000 Euro	um      330.000 Euro		auf     936.000 Euro		<p>Votum des Rechtsausschuss</p> <p><b>angenommen</b></p> <table> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table> <p>HFA</p> <p><b>angenommen</b></p> <table> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																														
von      606.000 Euro	606.000 Euro																														
um      330.000 Euro																															
auf     936.000 Euro																															
SPD	ja																														
CDU	nein																														
GRÜNE	ja																														
FDP	nein																														
PIRATEN	Enth.																														
SPD	ja																														
CDU	nein																														
GRÜNE	ja																														
FDP	nein																														
PIRATEN	Enth.																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
5	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 04 210</b>                      <b>Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b>  <b>Titel 684 30</b>                              <b>Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der</b>  <b>Behandlung von Sexualstraftätern</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>736.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">736.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>170.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>906.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:</b>  <i>Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.</i></p> <p><b>Begründung:</b>  Die Freie Straffälligenhilfe bietet unverzichtbare Angebote, die für eine gelingende Resozialisierung von Täterinnen und Tätern unverzichtbar sind. Die wieder aufgekommene Debatte um das Sexualstrafrecht hat endlich dazu geführt, das nun gilt: Nein heißt nein! Dabei reicht es selbstverständlich nicht aus, Täter von Sexualstraftaten abzuurteilen. Es muss darum gehen, dauerhaft dafür zu sorgen, dass keine Gefahr mehr von ihnen für andere ausgeht.  Die Verbesserung der Finanzierung in diesem Bereich ist eine stringente Entwicklung unseres Präventionsansatzes, Straftaten im Vorfeld bzw. Rückfälle konsequent zu verhindern. Darüber hinaus ist es auch ökonomisch, da die in die Prävention investierten Mittel zu Haftvermeidungen führen und somit die erheblichen Kosten für den Strafvollzug nachhaltig senken.</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	736.200 Euro	736.200 Euro	um	170.000 Euro		auf	906.200 Euro		<p>Votum des Rechtsausschuss</p> <p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 80%;">SPD</td> <td style="width: 20%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table> <p>HFA</p> <p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 80%;">SPD</td> <td style="width: 20%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																																	
von	736.200 Euro	736.200 Euro																																	
um	170.000 Euro																																		
auf	906.200 Euro																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
6	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 04 210</b>                      <b>Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b>  <b>Titel 684 50</b>                            <b>Zuwendungen an freie Träger zur Förderung der</b>  <b>Täterarbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von 636.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">557.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 45.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 681.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:</b>  <i>Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.</i></p> <p><b>Begründung:</b>  Die Freie Straffälligenhilfe bietet unverzichtbare Angebote, die für eine gelingende Resozialisierung von Täterinnen und Tätern häuslicher Gewalt unverzichtbar sind. Die Träger sind nicht mehr in der Lage, die Unterfinanzierung auszugleichen und teilweise den Eigenanteil aufzubringen. Damit können sie den Qualitätsstandards und den Erwartungen an zu leistende Fallzahlen nicht mehr genügen. Ohne eine Erhöhung des Haushaltsansatzes wird es daher zu Schließungen von Einrichtungen kommen. Eine rückläufige Zahl der Träger der Freien Straffälligenhilfe würde aber dazu führen, dass die flächendeckende Qualität der Arbeit nicht weiter gewährleistet werden kann. Die Verbesserung der Finanzierung in diesem Bereich ist eine stringente Entwicklung unseres Präventionsansatzes, Straftaten im Vorfeld bzw. Rückfälle konsequent zu verhindern. Darüber hinaus ist es auch ökonomisch, da die in die Prävention investierten Mittel zu Haftvermeidungen führen und somit die erheblichen Kosten für den Strafvollzug nachhaltig senken.</p>	<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von 636.600 Euro	557.600 Euro	um 45.000 Euro		auf 681.600 Euro		<p>Votum des Rechtsausschuss</p> <p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> </table> <p>HFA</p> <p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
<b>2017</b>	<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																														
von 636.600 Euro	557.600 Euro																														
um 45.000 Euro																															
auf 681.600 Euro																															
SPD	ja																														
CDU	nein																														
GRÜNE	ja																														
FDP	nein																														
PIRATEN	Enth.																														
SPD	ja																														
CDU	nein																														
GRÜNE	ja																														
FDP	nein																														
PIRATEN	Enth.																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
7	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 04 410</b>                      <b>Justizvollzugseinrichtungen</b> <b>Titel 684 40</b>                              <b>Zuwendungen zur Haftverkürzung an freie Träger</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2017</b></td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">258.400 Euro</td> <td style="text-align: center;">258.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">60.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">318.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:</b> <i>Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.</i></p> <p><b>Begründung:</b> Die Freie Straffälligenhilfe bietet unverzichtbare Angebote, die für eine gelingende Resozialisierung von Täterinnen und Tätern unverzichtbar sind. Die Träger sind nicht mehr in der Lage, die Unterfinanzierung auszugleichen und teilweise den Eigenanteil aufzubringen. Damit können sie den Qualitätsstandards und den Erwartungen an zu leistende Fallzahlen nicht mehr genügen. Ohne eine Erhöhung des Haushaltsansatzes wird es daher zu Schließungen von Einrichtungen kommen. Eine rückläufige Zahl der Träger der Freien Straffälligenhilfe würde aber dazu führen, dass die flächendeckende Qualität der Arbeit nicht weiter gewährleistet werden kann. Die Verbesserung der Finanzierung in diesem Bereich ist eine stringente Entwicklung unseres Präventionsansatzes, Straftaten im Vorfeld bzw. Rückfälle konsequent zu verhindern. Darüber hinaus ist es auch ökonomisch, da die in die Prävention investierten Mittel zu Haftvermeidungen führen und somit die erheblichen Kosten für den Strafvollzug nachhaltig senken.</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	258.400 Euro	258.400 Euro	um	60.000 Euro		auf	318.400 Euro		<p>Votum des Rechtsausschuss</p> <p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">SPD</td> <td style="width: 15%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table> <p>HFA</p> <p><b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">SPD</td> <td style="width: 15%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																																	
von	258.400 Euro	258.400 Euro																																	
um	60.000 Euro																																		
auf	318.400 Euro																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 04  
zum Haushaltsgesetz 2017**

<b>Ifd. Nr. des Antrags</b>	<b>Antrag der Fraktion/en</b>	<b>Antrag</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>																																
8	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 04 410</b> <b>Titel 684 50</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0"> <tr> <td><b>2017</b></td> <td></td> <td align="right"><b>Ansatz lt. HH 2016</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>217.000 Euro</td> <td align="right">217.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>20.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>237.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:</b> <i>Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.</i></p> <p><b>Begründung:</b> Die Freie Straffälligenhilfe bietet unverzichtbare Angebote, die für eine gelingende Resozialisierung von Täterinnen und Tätern unverzichtbar sind. Die Träger sind nicht mehr in der Lage, die Unterfinanzierung auszugleichen und teilweise den Eigenanteil aufzubringen. Damit können sie den Qualitätsstandards und den Erwartungen an zu leistende Fallzahlen nicht mehr genügen. Ohne eine Erhöhung des Haushaltsansatzes wird es daher zu Schließungen von Einrichtungen kommen. Eine rückläufige Zahl der Träger der Freien Straffälligenhilfe würde aber dazu führen, dass die flächendeckende Qualität der Arbeit nicht weiter gewährleistet werden kann. Die Verbesserung der Finanzierung in diesem Bereich ist eine stringente Entwicklung unseres Präventionsansatzes, Straftaten im Vorfeld bzw. Rückfälle konsequent zu verhindern. Darüber hinaus ist es auch ökonomisch, da die in die Prävention investierten Mittel zu Haftvermeidungen führen und somit die erheblichen Kosten für den Strafvollzug nachhaltig senken.</p>	<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>	von	217.000 Euro	217.000 Euro	um	20.000 Euro		auf	237.000 Euro		<p>Votum des Rechtsausschuss</p> <p><b>angenommen</b></p> <table border="0"> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td>Enth.</td></tr> </table> <p>HFA</p> <p><b>angenommen</b></p> <table border="0"> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td>Enth.</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
<b>2017</b>		<b>Ansatz lt. HH 2016</b>																																	
von	217.000 Euro	217.000 Euro																																	
um	20.000 Euro																																		
auf	237.000 Euro																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	Enth.																																		

## **Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2017**

### **Einzelplan 04:      **Justizministerium****

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2017 einschließlich der Ergänzungsvorlage (Drucksache 16/13400).

**Veränderungsnachweis**

**Haushaltsplan**

**für den Geschäftsbereich**

**des Justizministeriums**

**für das Haushaltsjahr**

**2017**



**Kapitel 04 210**  
**Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit**
**Veränderungsnachweis**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung  ( Erläuterungen )	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
04 210	<b>Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit</b>			
	<b>A u s g a b e n</b>			
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>			
<i>neuer Vermerk:</i>	2. Minderausgaben bei den Titeln 684 10 bis 684 50 dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.			
684 10 051	Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe (Beratungsstellen).....	1 247 800	-240 800	1 007 000
684 11 051	Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs.....	1 003 100	+230 000	1 233 100
<b>n e u</b>				
684 12 051	Zuwendungen zur Förderung der ehrenamtlichen Arbeit.....	—	+385 800	385 800
684 20 051	Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit.....	606 000	+330 000	936 000
684 30 051	Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern.....	736 200	+170 000	906 200
684 50 051	Zuwendungen an freie Träger zur Förderung der Täterarbeit.....	636 600	+45 000	681 600
	<b>Gesamtausgaben Kapitel 04 210.....</b>	<b>2 074 762 300</b>	<b>+920 000</b>	<b>2 075 682 300</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 210.....</b>	<b>23 193 000</b>	<b>—</b>	<b>23 193 000</b>

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
Funkt.- Kennziffer	( Erläuterungen )			

04 410                    **Justizvollzugseinrichtungen****A u s g a b e n****Zuweisungen und Zuschüsse  
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

*neuer Vermerk:* 2. Minderausgaben bei den Titeln 684 40 und 684 50 dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgabe verwendet werden.

684 40	056	Zuwendungen zur Haftverkürzung an freie Träger. . . .	258 400	+60 000	318 400
684 50	056	Zuwendungen an freie Träger für Maßnahmen des Übergangsmangements im Jugendarrest. . . . .	217 000	+20 000	237 000
<b>Gesamtausgaben Kapitel 04 410. . . . .</b>			<b>718 020 400</b>	<b>+80 000</b>	<b>718 100 400</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 410. . . . .</b>			<b>11 288 000</b>	<b>—</b>	<b>11 288 000</b>

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2017 EUR	mehr (+) / weniger (-)  EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2017 EUR
	<b>Gesamteinnahmen</b> .....	1 218 468 400	—	1 218 468 400
	<b>Gesamtausgaben</b> .....	4 172 533 300	+1 000 000	4 173 533 300
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b> .....	35 646 000	—	35 646 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2017	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2017
	<b>Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b> .....	25 331	—	25 331
	<b>Richterinnen und Richter auf Probe</b> .....	210	—	210
	<b>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b> .....	7 473	—	7 473
	<b>Summe</b> .....	33 014	—	33 014